

# Pressespiegel



Bruchsal

|                     |                                  |                          |                       |
|---------------------|----------------------------------|--------------------------|-----------------------|
| BNN Bruchsal        | <input type="radio"/>            | Pforzheimer Zeitung      | <input type="radio"/> |
| BNN Bretten         | <input type="radio"/>            | Mühlacker Tageblatt      | <input type="radio"/> |
| BNN Kreisseite      | <input type="radio"/>            | Handelsblatt             | <input type="radio"/> |
| Brettener Woche     | <input type="radio"/>            | IHK                      | <input type="radio"/> |
| Kurier              | <input type="radio"/>            | Wochenblatt              | <input type="radio"/> |
| www.ka-news.de      | <input checked="" type="radio"/> | www.bruchsal-xl.de       | <input type="radio"/> |
| www.bruchsal-net.de | <input type="radio"/>            | www.Landfunke.de         | <input type="radio"/> |
| www.bruchsal.org.de | <input type="radio"/>            | Amtsblatt Stadt Bruchsal | <input type="radio"/> |
| Bruchsaler Woche    | <input type="radio"/>            | www.bak-bretten.de       | <input type="radio"/> |
|                     |                                  | Pforzheimer Rundschau    | <input type="radio"/> |

Datum: 25. Feb.....2011

## "Gleiches Geld für gleiche Arbeit": IG Metall-Protестaktionen gegen Leiharbeit ☞[0]

Karlsruhe/Bruchsal/Pforzheim (ps/sas) - Unter dem Motto "Arbeit, sicher und fair!" haben am Donnerstag bundesweit Beschäftigte der Metallbranche ihrem Ärger über das träge Handeln der Bundesregierung in Bezug auf Mindestlohn und Leiharbeit Luft gemacht. Auch in der Region lud die IG Metall die Metaller zu Protestaktionen ein. Über 1.000 Mitarbeiter verschiedener Firmen kamen, um gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung zu protestieren.



Bei zentraler Kundgebung in Karlsruhe versammelten sich die Beschäftigten im Siemens Industriepark und forderten flächendeckende Mindestlöhne sowie gesetzliche Maßnahmen gegen unsichere Arbeitsverhältnisse. "Während die Bundesregierung angebliche XXL-Aufschwünge feiert und sich im arbeitsmarktpolitischen Nichtstun gefällt, verkommt die Fairness in den Betrieben immer mehr", kritisierte Angel Stürmlinger, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Karlsruhe.

Trotz der Konjunkturerholung sind die Chancen auf einen unbefristeten Arbeitsplatz weiter gesunken. "Doch Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge und Auszubildende ohne dauerhafte Übernahme sind keine sichere Zukunftsperspektive und schaden dem Wirtschaftsstandort Deutschland", betonte Stürmlinger. "Dies gefährdet nicht nur unsere Sozialversicherungssysteme und den gesellschaftlichen Frieden. Angesichts des demografischen Wandels und des viel beschworenen Fachkräftemangels agieren die Arbeitgeber auch betriebswirtschaftlich verantwortungslos."

## **IG Metallern wehren sich gegen neue Flut von Leiharbeit**

Ein eindeutiges Signal an Politik und Wirtschaft wollten die Karlsruher Metalller an Politik und Wirtschaft für einen dringenden Kurswechsel senden. "Arbeit ist keine Ramschware, sondern der wichtigste Rohstoff, den es in Deutschland gibt. Der Wert der Arbeit muss schleunigst wieder erhöht werden", forderte Angel Stürmlinger.

Auch in Pforzheim versammelten sich Mitarbeiter zu verschiedenen Kundgebungen und äußerten ihren Unmut über die Tatenlosigkeit der Regierung. "Die Beschäftigten der Metall- und Edelmetallindustrie haben viele Monate lang zurückgesteckt, damit nach den Tiefschlägen durch die Finanzmarktkrise jetzt überhaupt wieder Geschäfte gemacht werden können. Gerade in Pforzheim waren viele Betriebe besonders von der Krise gebeutelt", so Karl-Heinz Kortus von der IG Metall Pforzheim.

Jetzt in den Zeiten des Aufschwungs, wehren sich die IG Metalller dagegen, dass die Arbeitswelt durch eine neue Flut von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung für alle schlechter und unsicherer wird. Der Vorteil der deutschen Wirtschaft liege gerade in der Kreativität und der Innovationskraft besonders gut qualifizierter Fachkräfte. Es sei daher töricht, diese Fachkräfte durch Dumping-Strategien der Arbeitgeber und durch das Nichtstun der Regierungsparteien unter Druck zu halten.

### **"Arbeitgeber wälzen ihr Risiko auf die Menschen in Leiharbeit ab"**

Leiharbeit, wenn sie gleichbezahlt werde, solle es weiter geben, um Flexibilität beim Abarbeiten kurzfristiger Aufträge zu gewinnen. Doch müsse nun der Einsatz von Leiharbeit für kompromisslose Lohndumpingstrategien beendet werden. Es sei ökonomischer Unsinn, wenn der Steuerzahler jedes Jahr allein elf Milliarden aufbringen müsse, um Armutslöhne aufzustocken.

Bei SEW Eurodrive in Bruchsal versammelten sich die Beschäftigten zu Protesten, obwohl es den Leiharbeitern des Unternehmens besser gehe als in anderen Firmen. Diesen wird ein Mindeststundenlohn von 8,50 Euro garantiert. Dies sei eine Besserstellung, reiche aber nach Ansicht von Eberhard Schneider, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Bruchsal, bei weitem nicht aus.

Er sieht den Gesetzgeber und die Arbeitgeber in der Pflicht. Bei SEW sind derzeit über 460 Leiharbeiter beschäftigt. "Viele Beschäftigte bei SEW Eurodrive sehen das gesamte Einkommensgefüge und das Betriebsklima in Gefahr. Mit Leiharbeit wälzen die Arbeitgeber ihr unternehmerisches Risiko auf die Menschen in Leiharbeit ab", so Schneider.

Johannes Stober, Landtagskandidat der SPD, schickte den Protestteilnehmern seine "solidarischen Grüße". "Gleiches Geld für gleiche Arbeit" müsse für alle Beschäftigten gelten, für Frauen und Männer, für Leiharbeiter und Stammbeflegschaft. "Wer Leiharbeit, Werkverträge, Billigjobs und befristete Beschäftigung zulässt oder fördert, zerstört qualifizierte, sichere und tariflich entlohnte Arbeit. Er zerstört massenhaft Lebens- und Zukunftsperspektiven, vor allem junger Menschen", sagte Stober.